

VEBU - Vegetarierbund Deutschland e.V. (German Vegetarian Association)
- Hauptstadtbüro -
Genthiner Str. 48
10785 Berlin

Themenbereich Besteuerung

- 1. Aktuell wird auf Kuhmilch der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 % erhoben. Pflanzliche Alternativen (Soja-, Reis-, Hafermilch etc.), die eine bessere Umweltbilanz als Kuhmilch aufweisen, werden hingegen mit 19 % besteuert. Setzen Sie sich dafür ein, dass pflanzliche, umweltschonende Alternativen zukünftig wie Kuhmilch, d. h. mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 % besteuert werden?**
- 2. Laut der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO trägt die weltweite landwirtschaftliche Tierhaltung in einem erheblichen Maße zum Ausstoß klimaschädlicher Gase bei und ist für bestehende und zukünftige Klimaprobleme mitverantwortlich. Gleichzeitig liegt der Fleischkonsum mit etwa 60 kg pro Kopf deutlich über dem globalen Mittelwert. Aktuell werden Fleisch und Fleischprodukte in Deutschland trotz dieser Entwicklungen jedoch nur mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz besteuert. Sind Sie, angesichts der entstehenden Umweltschäden, für eine Angleichung der Mehrwertsteuer für Fleisch und Fleischprodukte auf 19 %, um damit zur Verringerung des Fleischkonsums beizutragen?**

Mit beiden Fragen sprechen Sie eine Problematik an, die wir sehr wohl erkannt haben und bestätigen unsere Sichtweise. Wenn auch auf andere Art, als Sie. Denn wir stehen für ein einfaches, leicht durchschaubares Steuersystem, bei dem u.a. ein genereller Mehrwertsteuersatz von 19% gilt. Die ganzen Ausnahmen und Sonderregelungen sind für den Bürger so verwirrend, dass die Bevorzugung einzelner Güter gerade im Bereich des täglichen Güter durch den verminderten Mehrwertsteuersatz von 7% ohnehin keine Lenkungswirkung hat. Einschränkend muss erwähnt werden, dass dieses System parallel zur Einführung eines Sockeleinkommens als Vorstufe zum bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) eingeführt wird, das sich unter anderem aus den Mehreinnahmen finanziert.

- 3. Anfang 2013 hat sich eine schwedische Umweltbehörde aufgrund der schädlichen Auswirkungen der industriellen Tierhaltung für eine europaweite Umweltsteuer auf Fleisch und Fleischprodukte über die Mehrwertsteuer hinaus ausgesprochen, um so den Verbrauch zu senken und das Klima zu schonen. Sind Sie für eine solche Umwelt- bzw. Klimaabgabe?**

Prinzipiell stehen wir für eine nachhaltige Umweltpolitik. Maßnahmen, die nachweislich dazu dienen, diese Nachhaltigkeit zu fördern, werden von uns gestützt. Es ist somit zu gegebener Zeit zu prüfen, ob die Maßnahme der schwedischen Umweltbehörde eine tatsächliche Lenkungswirkung erzielt. Somit haben wir bislang ein analoges Vorgehen noch nicht ins Auge gefasst.

Themenbereich Verbraucherschutz

- 4. Aktuell gibt es keine gesetzliche Definition der Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“, Lebensmittelproduzenten können diese Begriffe daher im Zusammenhang mit Produkten verwenden, die nicht vegetarisch oder vegan sind. Sind Sie, angesichts der zunehmenden Zahl von Verbrauchern, die vegan oder vegetarisch leben bzw. ihren Konsum tierischer Produkte reduzieren möchten, für eine klare gesetzliche Definition dieser Begriffe?**

Ja, Transparenz soll auch beim Einkauf gelten. Eine Deklaration von Inhaltsstoffen auf einer Verpackung ist wichtig, dabei muss eine gute Verständlichkeit sicher gestellt sein. Eine klare gesetzliche Definition der beiden Begriffe wäre damit ein guter Schritt und wird von den PIRATEN unterstützt.

5. Menschen, die aus ethischen, Umwelt- oder Gesundheitsgründen auf tierische Inhaltsstoffe verzichten möchten, können sich nicht immer auf die Zutatenliste von Lebensmitteln verlassen. Nicht alle Inhaltsstoffe müssen derzeit gekennzeichnet werden. Die Angaben auf den Verpackungen besitzen keine ausreichende Aussagekraft. Sind Sie angesichts dieser Problematik, die viele Menschen in ihrem Alltag betrifft, für eine Kennzeichnungspflicht tierischer Stoffe (Zutaten, Aromen, Zusatz- und Verarbeitungshilfsstoffe) im Rahmen der Zutatenliste von Lebensmitteln?

Ja, auch hier gilt, dass die Inhaltsstoffe verständlich darstellt werden sollen - und zwar über die gesamten Produktionskette hinweg.

Dem Bürger soll es ermöglicht werden, durch eine einfache, ohne großes Fachwissen lesbare Deklaration auf allen Lebensmitteln die Inhaltsstoffe und Herkunftsorte zu erfahren. Auch die Futtermittel für Tierfleisch einschließlich weiterverarbeiteter Tierprodukte wie Wurst oder Käse, müssen angegeben werden. Auch Angaben über Düngemittel und genmanipulierte Futtermittel in der gesamten Prozesskette sind mit anzugeben.

6. Welche Position vertritt Ihre Partei hinsichtlich der grünen Gentechnik, also der gentechnischen Veränderung von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen und deren Patentierung?

Grüne Gentechnik lehnen wir generell ab. Wir setzen uns für einen Beitritt Deutschlands zur Charta von Florenz ein. Gentechnisch veränderte Pflanzen sollen nicht für den Anbau im Freiland zugelassen werden und sind für die Landwirtschaft insgesamt abzulehnen.

Themenbereich Veggietag

7. In immer mehr Kommunen und Betriebsrestaurants gibt es einen "Veggietag", an dem ausschließlich oder fast ausschließlich fleischfreie Gerichte angeboten werden. Wie steht Ihre Partei dazu, einen wöchentlichen Veggietag in den Kantinen und Restaurants des Bundestags einzuführen, um als Parlamentarier mit gutem Beispiel voranzugehen?

Die PIRATEN haben keine feste Position zur Einführung des Veggietales in den Kantinen und Restaurants des Bundestages. Jedoch sehen wir in Initiativen welche sich für eine Bildung im Sinne der Nachhaltigkeit einsetzen sehr positiv. Mehr dazu unter 8.

8. Das Anliegen des fleischfreien Wochentags findet ein stetig wachsendes Echo in der Gesellschaft. Nicht nur Privatleute, sondern in zunehmendem Maße auch Städte und Gemeinden entschließen sich, unter anderem aus Gründen des Klimaschutzes, einen Veggietag einzuführen. Hier können öffentliche Einrichtungen mit gutem Beispiel vorangehen und durch das eigene Verhalten in der Bevölkerung Anreize zum Klimaschutz setzen. Unterstützt Ihre Partei daher das Anliegen eines wöchentlichen Veggietales in den Kantinen von öffentlichen Einrichtungen?

Ja, Kampagnen wie zum Beispiel das Klimafrühstück oder lokale Bürgerinitiativen zu dem Thema Nachhaltigkeit halten wir Piraten für unterstützenswert. Aufklärung anstelle von Verboten und Gesetzen ist die Devise. Im Rahmen dessen ist auch der Veggie-Donnerstag zu fördern, um dieses Thema an große Bevölkerungsteile heran zu tragen.

Themenbereich Subventionen

9. Deutschland und die Europäische Union exportieren viel Fleisch und Fleischprodukte in Entwicklungsländer und schädigen dadurch die regionale Wirtschaft. Überproduktion und Exporte werden durch hohe Agrarsubventionen ermöglicht und befördert. Das Ziel dieser Subventionen, Märkte zu stabilisieren und die Versorgung zu sichern, wird nicht selten deutlich überboten. Anreize zu Exporten unter den Marktpreisen in Entwicklungsregionen sind die Folge. Ist Ihre Partei angesichts dieser Entwicklungen für eine Senkung derartiger Subventionen für die Herstellung bzw. den Export von Fleisch?

Ja, die PIRATEN setzen sich auf EU- und Bundesebene dafür ein, dass künftig keine öffentlichen Gelder in Form von Agrarsubventionen ohne Gegenleistung in den Bereichen Klima, Umwelt, Natur sowie Tier- und Artenschutz vergeben werden.

Dazu bedarf es einer laufenden Neubewertung dieser Leistungen im Hinblick auf ihren Nutzen für die Gesellschaft.

Langfristiges Ziel ist ein Abbau der Agrarsubventionen. Darunter fallen auch die Senkung von Subventionen für die industrielle Herstellung bzw. den Export von Fleisch.

10. In so gut wie allen Bereichen der Fleischproduktion hat Deutschland eine Selbstversorgungsquote von 100 % oder mehr erreicht. Die Versorgungssicherheit des deutschen Marktes ist somit gewährleistet. Trotzdem werden weiterhin große Stall- und Mastanlagen gebaut und subventioniert, obwohl vor Ort keine Nachfrage nach deren Erzeugnissen besteht. Sind Sie angesichts dieser Entwicklungen für eine Abschaffung der Subventionen für große Intensivtierhaltungsanlagen?

Ja, wie erwähnt, sind wir für eine Neubewertung bzw. langfristigen Abbau von Agrarsubventionen im Bereich der industriellen Landwirtschaft. Grundsätzlich lehnen wir eine industrielle Massentierhaltung ab. Sie beeinträchtigt unser aller Lebensqualität besonders in den ländlichen Räumen, geht in der Regel mit unakzeptablen Standards in der Nutztierhaltung einher und gefährdet die traditionelle bäuerliche Landwirtschaft.

Themenbereich Schule

11. Seit geraumer Zeit wird in Deutschland über eine Stärkung des Ernährungsunterrichts in den Schulen diskutiert, da es hier Defizite gibt. Zugleich erkennt die Deutsche Gesellschaft für Ernährung die gesundheitlichen Vorteile einer vegetarischen Ernährung an. Sind Sie angesichts der Vorteile für Umwelt und Gesundheit für eine Stärkung des Themas vegetarische bzw. fleischreduzierte Ernährung im Rahmen des Ernährungsunterrichts?

Ja, wir setzen uns für die Erprobung eines Faches „Gesundheitsbildung“ in Schulen ein, das vermittelt welche Faktoren sich positiv und negativ auf Gesundheit auswirken und wie man sie erhalten kann. Innerhalb dieser Bereiche spielen Ernährungsfragen zwangsläufig eine große Rolle.

Themenbereich Tierschutz

12. Im Jahr 2002 wurden Tier- und Umweltschutz mit dem Artikel 20a in das Grundgesetz aufgenommen. Nichtsdestotrotz gibt es, 11 Jahre nach der Einführung, bislang keine Lösung zur Frage der Verbandsklage im Bereich des Tierschutzes. Bisher hat lediglich Bremen eine Tierschutzverbandsklage eingeführt. Eine Klagewelle oder unverhältnismäßige Klagen, die Gegner einer solchen Verbandsklage als Argumente ins Feld führen, sind bislang nicht zu beobachten. Vielmehr ist festzustellen, dass Tierschutzverbände verantwortungsvoll mit Ihrem Klagerecht umzugehen wissen. Wird sich Ihre Partei daher nach der Bundestagswahl für eine bundesweite Regelung zur Tierschutzverbandsklage für entsprechend akkreditierte Tierschutzorganisationen einsetzen? Welche Form der Verbandsklage streben Sie an?

Ja, wir befürworten die Einführung eines bundesweiten Verbandsklagerechtes für anerkannte Tierschutzorganisationen. Tiere können als Lebewesen nicht selbst für ihre Rechte eintreten, daher sind sie auf eine Vertretung in Form von Verbänden angewiesen. Obwohl Tier- und Umweltschutz nach Art. 20a GG denselben Verfassungsrang haben, ist bisher in mehreren Bundesländern keine entsprechende Gesetzgebung existent.

Themenbereich Europa

13. Vertreter fast aller im Bundestag vertretenen Parteien haben sich gegen die Einbeziehung der Wasserversorgung in die EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie ausgesprochen. Wie wird sich Ihre Partei konkret nach der Bundestagswahl dafür einsetzen, dass die Wasserversorgung auch in Zukunft in kommunaler Hand bleiben kann?

Ja, Wasser ist ein kommunales Gut und muss jedem Bürger zur Verfügung stehen. Wir stehen für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung ein, da sie als Infrastruktur der Grundversorgung dient. Wir streben eine hohe Trinkwasserqualität an und wollen diese auch durch die Reduzierung von Schadstoffeintrag erreichen. Die Trinkwasserverordnung soll an aktuelle Erkenntnisse über Wasserinhaltstoffe regelmäßig angepasst werden. Die Eigenwasserversorgung privater Haushalte soll grundsätzlich erlaubt sein. Sofern eine private Hauswasserversorgung möglich ist, lehnen wir einen Anschlusszwang an das kommunale Trinkwassernetz ab. Wir unterstützen daher jede Initiative, die sich gegen die Einbeziehung der Wasserversorgung in die EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie ausspricht. Letzter Schritt wäre eine Klage vor dem EuGH.

14. Der Entwurf einer Saatgutverordnung der EU-Kommission hat viel Widerspruch ausgelöst. Hobbygärtner, Landwirte und Naturschützer befürchten, dass in Zukunft nur noch die zertifizierten Saaten einiger großer Hersteller legal ausgebracht werden können und die Artenvielfalt von Lebensmittelpflanzen bedroht ist. EU-Kommissar Tonio Borg sieht hingegen wichtige Fortschritte für die Lebensmittelsicherheit. Welche Position hat Ihre Partei zur Saatgutverordnung im Besonderen und zu Zulassungs- und Zertifizierungspflichten von Saatgut (insbesondere von traditionellen und regionalen Sorten, aber auch von neu entwickelten Sorten, die nicht für den Massenmarkt bestimmt sind) im Allgemeinen?

Wir lehnen Patente auf Lebewesen und Saatgut einhellig ab, weil sie unzumutbare und unverantwortliche Konsequenzen haben, weil sie die Entwicklung der Wissensgesellschaft behindern, weil sie gemeine Güter ohne Gegenleistung und ohne Not privatisieren und weil sie kein Erfindungspotential im ursprünglichen Sinne besitzen.

Zulassungs- und Zertifizierungspflichten auf traditionelle und regionale Sorten mindern die Vielfalt und sind daher besonders abzulehnen.